

Antrag an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien in der Sitzung am 27. Oktober 2023

27. Oktober 2023

SO VIEL SOLIDARITÄT MUSS SEIN

Am Morgen des 7. Oktober 2023 hat in Israel ein brutaler Terroranschlag stattgefunden, bei dem über 1.400 Personen getötet und unzählige verletzt wurden. Unter den Opfern waren überwiegend Zivilist_innen. Auch eine Vielzahl von Gräueltaten gegen Frauen, Kinder und Jugendliche sind bekannt und mittlerweile bestätigt. Auch kam es zu zahlreichen Opfern der Zivilbevölkerung Gazas, durch die Gegenoffensive des israelischen Militärs.

Seit der Gründung des Staates Israel ist er verwickelt in Konflikte. Bereits am Tag nach seiner Gründung wurde Israel von mehreren seiner Nachbarstaaten angegriffen und bis heute fordern mehrere Staaten und Organisationen, darunter auch die Hamas, eine vollständige Auslöschung des Staates Israel. Natürlich hat auch die israelische Politik Handlungen durchgeführt, die zu verurteilen sind bzw. schlichtweg völkerrechtswidrig, wie etwa die Siedlungspolitik oder generell die Handlungen der aktuellen rechtsextremen Regierung unter Netanyahu, welcher Personen angehören, die gezielt gegen Minderheiten in Israel und generell gegen arabische und muslimisch Personen hetzen. Doch nicht davon rechtfertigt einen gezielten Terroranschlag auf die Zivilbevölkerung.

Hamas ist als Terrororganisation einzustufen und dessen Ziel keineswegs in der Errichtung eines souveränen Staates Palästina festzumachen ist, sondern die Vernichtung des jüdischen Staates Israel und dessen Bevölkerung forciert. Bei jeglicher berechtigter Kritik an der rechten Regierung Israels und dessen Handlungen, darf keine Annäherung oder Verharmlosung mit der Terrororganisation Hamas passieren. Genau dies passiert jedoch derzeit auf den Straßen Wiens und weltweit. Eine Welle an Antisemitismus und antisemitischen Straftaten sind die Folge. Auch an der Universität ist mit einem großen Anstieg an antisemitischen Vorfällen zu rechnen.

Ebenfalls ist klar abzulehnen dass diese furchtbare Welle an Antisemitismus nun von rechten Politikern und Politikerinnen dazu misbraucht wird, um islamfeindliches, rassistisches und xenophobes Gedankengut zu verbreiten.

Dieser brutale Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel ist auf das Schärfste zu verurteilen und sich mit jeglichen Opfern der Zivilbevölkerung zu solidarisieren. Die Institution der Universität Wien steht aufgrund ihrer Geschichte besonders in Verantwortung, jeglichen Antsemitismus mit allen Maßnahmen entgegenzutreten.

DIE UNIVERSITÄTSVERTRETUNG DER HOCHSCHÜLER_INNENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT WIEN MÖGE DAHER BESCHLIESSEN:

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien unterstützt alle von antisemitischen, sowie rassistischen und islamophoben Vorfällen betroffene Personen und macht öffentlichkeitswirksam auf den radikalen Anstieg solcher Vorfälle durch die Lage im Nahen Osten aufmerksam.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien setzt sich gegenüber dem Rektorat dafür ein, dass besonders jetzt deutschnationale antisemitische Vereinigungen am Universitätsgelände keinen Platz haben und die verstärkte Bedrohungslage gegenüber Jüdinnen und Juden sofortiger Initiativen bedingt.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien nimmt Kontakt zu Organisationen auf, die von der antisemitischen Bedrohungslage betroffen sind (z.B. JöH) und verbleibt mit diesen im regelmäßigen Austausch, um Konzepte zu entwickeln, die die Bedrohungslage an den Universitäten minimieren können.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien bekennt sich zum Existenzrecht Israels und klärt öffentlich über die Methode des “3-D-Test für Antisemitismus” bezüglich israelbezogenen Antisemitismus nach Natan Scharanski auf.
- die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien bekennt sich auf zum Recht der palästinensischen Zivilbevölkerung auf ein Leben in Frieden und Freiheit in einem eigenen Staat und betont in ihren Statements, dass die Hamas nicht mit der Zivilbevölkerung gleichzusetzen ist.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien betont in ihren Statements, dass eine Befreiung Palästinas nur eine Befreiung von der Terrororganisation Hamas sein kann.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien setzt sich dafür ein entsprechende Angebote zu schaffen, die sich inhaltlich mit der Thematik “Nahostkonflikt und daraus resultierender Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie” beschäftigen und dahingehend auch der Aufklärungsarbeit Universitätsangehöriger, auch jener die nicht explizit davon betroffen sind, nachkommen.